

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Postämter und für Nummern die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter: Die Anzeigenpreise für Anzeigen aus Aus und Umgebung 20 Goldmarken, auswärtige Anzeigen 25 Goldmarken, Kellern-Anzeigen 30 Goldmarken, sonstige Anzeigen 15 Goldmarken.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 147

Sonnabend, den 27. Juni 1927

20. Jahrgang

Militärputsch in Saloniki.

Paris, 25. Juni. Aus Saloniki wird gemeldet, daß die dortige griechische Garnison sich gegen die Athener Regierung erhoben hat. Sie fordert den sofortigen Rücktritt des Kabinetts Michalakopoulos und die Bildung einer Militärregierung unter Leitung des Generals Panagolis. Die militärischen Auführer haben alle öffentlichen Gebäude von Saloniki besetzt und die Zensur über die Presse verhängt. Sie versichern in einem Aufruf an die Bevölkerung, daß die Militärrevolution in ganz Griechenland triumphiert, ohne irgendwelchen Widerstand zu finden. Die Flotte soll sich den Auführern angeschlossen haben.

Aus Athen: Dort im Augenblick nur die folgende Meldung des Korrespondenten der „Bosnischen Zeitung“ vor, die auf erste Ereignisse vorbereitet:

Athen, 25. Juni: Die Bestrebungen der griechischen Militärpartei gewinnen immer mehr Einfluß. Der Kriegsminister hat heute vor dem Heeresauschuß der Nationalversammlung und vor den Führern der poli-

tischen Parteien die von der Regierung beabsichtigten überaus weitreichenden Rüstungsmaßnahmen und Waffensbestellungen erklärt. Der Kostenanschlag sah eine Milliarde Drachmen für Militärausgaben vor. Zwei Milliarden des Kriegsministers soll eine zweite Milliarde Drachmen als „außerordentlicher Rüstungskredit“ verwendet werden, wobei der Minister versicherte, daß alles geschehen werde, um die Verteidigung des Vaterlandes zu sichern. Hunderttausend Repetiergewehre samt Munition werden sofort bestellt. Die anderen Lieferungen sollen binnen kürzester Frist vergeben werden. Über auch diese Verdoppelung des Heeresbudgets genügt der Militärpartei nicht, die noch weitere Heeresrüstungskredite fordert, und bei der sich die radikale Bewegung in den letzten Tagen zusehends verschärft hat. Die Militärpartei fordert eine „starke“ Regierung, die in der Lage sein müsse, die inneren Verhältnisse der Republik zu festigen und die Unzufriedenheit des Volkes zu beschwichtigen.

Polen eröffnet den Zollkrieg gegen Deutschland.

Warschau, 25. Juni. Die polnische Regierung erließ am 20. d. Mts. eine Verordnung, die für eine lange Reihe von Waren am 27. d. Mts. die Einfuhr nach dem polnischen Zollgebiet untersagt, sofern die genannten Waren aus Ländern stammen, die gegen Güter polnischer Ursprungs Einfuhrverbote erlassen haben. Diese Verordnung enthält die weitere Bestimmung, daß alle jene Staaten, die durch diese polnischen Einfuhrverbote betroffen werden, nach einer besonderen vom Handelsminister im Einvernehmen mit dem Finanz- und dem Landwirtschaftsminister ausgegebenen Nummer des polnischen Staatsanzeigers „Monitor Polski“ bringt nun diese vor den genannten drei Ministern gezeichnete Verlautbarung, in der Deutschland als derjenige Staat genannt wird, auf dem allein die polnischen Einfuhrverbote Anwendung finden.

Berlin, 25. Juni. Vor wenigen Tagen ist die Defensivität bereits über die Lage der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen aufgeklärt worden. Von Deutschland war danach Polen Ende vergangener Woche ein liberales Angebot gemacht worden, auf dessen Grundlage ein provisorisches Abkommen, durch das ein Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Ländern vermieden werden würde, geschaffen werden konnte. Obwohl beide Teile sich darin einig waren, daß schleunigster Abschluß eines solchen Abkommens geboten ist, ist die deutsche Delegation bis zur Stunde noch ohne eine Antwort auf ihr Angebot geblieben. Bedinglich Presseäußerungen aus Warschau geben die angebliche Auffassung der polnischen Regierung wieder, daß ein Weißbegünstigungsabkommen mit Deutschland unmöglich sei. Darüber, daß Deutschland sich auf keinerlei Ermäßigungen einlassen könnte, die in zolltariflicher Hinsicht eine Diskriminierung deutscher Waren enthielten, ist der polnischen Delegation vom ersten Tage der Verhandlungen ab kein Zweifel gelassen worden. Während die deutsche Delegation somit immer noch auf eine Antwort wartet, ist mitten in die Verhandlungen hinein von der polnischen Regierung eine Verordnung erlassen worden, die für eine ganze Anzahl wichtiger deutscher Exporterzeugnisse Einfuhrverbote einführt. Die Einzelheiten der Verordnung sind in der Presse bereits veröffentlicht worden. Die getroffene Maßnahme richtet sich fast ausschließlich gegen Deutschland. Dem Wortlaut nach werden zwar auch andere Länder, die ihrerseits ein Einfuhrverbotsystem besitzen, betroffen. Aber wohl alle diese Länder haben mit Polen einen Handelsvertrag abgeschlossen, der ihnen auch hinsichtlich der Einfuhrverbote und -beschränkungen die Weißbegünstigung sichert. Da Polen die Einfuhrverbote Ländern gegenüber, die kein Einfuhrverbotsystem haben, nicht zur Anwendung bringt, haben die weißbegünstigten Länder einen Anspruch auf die gleiche Behandlung. Das polnische Vorgehen dokumentiert sich hiernach als ganz klare Maßnahme eines Wirtschaftskrieges gegen Deutschland, die mitten in die im Gange befindlichen Verhandlungen hineinplatzt. So geht die Regierung des Landes vor dessen Presse in den vergangenen Wochen sich in müßer Hebe gegen Deutschland nicht genug tun konnte, weil es seinerseits angeblich dem Wirtschaftskrieg gegen Polen provozieren. Die deutsche Regierung wird selbstverständlich trotz der Herausforderung, die in dem polnischen Vorgehen liegt, kühles Blut bewahren und wird ihr Angebot nicht zurückziehen. Jeder Zolltarif und Wirtschaftspolitik wird es aber selbstverständlich finden, daß die deutsche Regierung nur dann zum Abschluß eines Abkommens schreiten kann, wenn die polnische

Regierung die fragliche Verordnung Deutschland gegenüber nicht anwendet.

Die Verordnung tritt am 27. d. Mts. in Kraft und ist durch Erlass des Handelsministers vom 24. Juni Deutschland gegenüber für anwendbar erklärt. Daß mit diesem Augenblick auch Deutschland zu entsprechenden Gegenmaßnahmen Polen gegenüber greifen muß, liegt auf der Hand.

Ermäßigung der Weinsteuern.

Berlin, 25. Juni. Der Steuerausschuß des Reichstages nahm heute bei der Behandlung der Weinsteuern einstimmig einen Antrag der Deutschen Volkspartei an, der die Weinsteuern bis zum 30. September 1927 von 20 auf 10 Prozent ermäßigt. Vom 10. Oktober 1927 ab soll die Weinsteuern 20 Prozent betragen.

Der Moskauer Prozeß gegen die drei deutschen Studenten.

Moskau, 24. Juni. Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen die drei deutschen Studenten v. Dittmar, Rindermann und Wolff beginnt Mittwochnachmittag um 5 Uhr. Der Gerichtshof hat für die Angeklagten einen Anwalt ernannt. In den letzten Paragraphen der Anklageschrift wird angegeben, daß in dem Prozeß auch ein Mitglied der deutschen Botschaft in Moskau, Wirtschaftsrat Hilgers, verwickelt ist. Es heißt darin folgendermaßen:

„Auf dem Wege nach Moskau befanden sich die drei Angeklagten zufällig in demselben Zuge wie der Botschaftsrat Hilgers von der deutschen Botschaft in Moskau. Hilgers rief den Studenten, gewisse Dokumente zu vernichten, die alle drei in den Augen der Sowjetbehörde kompromittieren könnten. Außerdem lud Hilgers die Studenten ein, ihn in Moskau aufzusuchen, wo er ihnen auch Ratsschläge erteilte. Hinterher haben nach Aussage von Dittmar und Rindermann alle drei die Verbindung mit Hilgers aufrechterhalten und haben mehrere Zusammenkünfte mit dem letzteren in dessen Privatwohnung gehabt. Nach dem 20. Oktober verabredete sich Wolff telefonisch mit Hilgers. Diese Verabredung kam nur deshalb nicht zustande, weil die drei Terroristen verhaftet wurden.“

„Dewostka“ schreibt in einem Leitartikel über den Prozeß: Die drei Angeklagten kommen aus einem Land, in dem unlängst ein sogenannter deutscher Tschekaprozeß aufgezogen wurde, dessen einzige Basis die falschen Aussagen des „verrückten agent provocateur Neumann“ bildeten. Damals versuchte der Richter, der geistig verwandt mit jener Organisation Consul war, deren Agenten heute auf der Anklagebank sitzen, den Beweis zu führen, daß ein konkreter Zusammenhang zwischen den Beteiligten des deutschen Tschekaprozesses und Sowjetrußland sowie der sowjetrussischen Vertretung in Berlin bestünde. Der Prozeß gegen die tschekischen Studenten wird zugleich ein Prozeß gegen die Vorläufer des deutschen Faschismus, Kossse und Scheidemann, sein.

Die Marokkofront.

Paris, 25. Juni. Wie Cabas aus Tanger meldet, hat der Feind im westlichen Abschnitt der Marokkofront die spanische Front an verschiedenen Punkten, besonders zwischen Oetua, Tetuan und Regala angegriffen. Die spanischen Truppen, die die Stellung von Sidiabud-Benidder besetzt halten, stehen mit einem zahlenmäßig starken und sich heftig verteidigenden Feinde im Kampfe. Die Tschekas und die Andjerassinnen im Risgebiet zeigen aber Mangel an Lebensmitteln.

Die Presse zur Rede Chamberlains.

London, 25. Juni. Soweit die Blätter sich in Leitartikeln mit der gestern in später Abendstunde beendeten Unterhausdebatte über den Sicherheitspakt und mit den Erklärungen Chamberlains beschäftigen, begnügen sie sich mit der Wiedergabe der Hauptpunkte der Erklärungen des Staatssekretärs des Aeußeren und betonen, daß der Standpunkt der Regierung der sei, daß noch gar kein Pakt und noch nicht einmal der Entwurf zu einem Pakt vorliege, und daß, falls und wenn das Stadium tatsächlicher Verhandlungen erreicht ist, wie Chamberlain sagt, zahlreiche sehr schwierige Fragen gelöst werden müssen.

„Daily Telegraph“ schreibt in einem Leitartikel: Chamberlains herzliche Begrüßung der deutschen vorläufigen Anregungen an Frankreich zu der Zeit, wo sie erfolgten, haben die in England vorherrschende Stimmung ausgedrückt und die Zeit habe die Ansichten nicht geändert, daß das deutsche Angebot in formellen Auslegungen seiner Absichten, das augenblickliche territoriale Stadium an seinen Westgrenzen nicht zu führen und die Entmilitarisierung des Rheinlandes nicht zu befechtigen, einen tiefen und sehr hoffnungsvollen Wechsel in der allgemeinen diplomatischen Lage herbeiführt hat. „Daily Telegraph“ sagt, es sei sicher nicht die Zeit, um einfach ein Unternehmen zu beurteilen, dem sich die Regierung angeschlossen habe in der Hoffnung, die Wolken der Unsicherheit zu verscheuchen, die überall über Europa schweben.

„Times“ schreibt, die deutschen Vorschläge vom 6. Februar seien ein Ereignis in der europäischen Geschichte gewesen. Sie hätten den Staatsmännern der alliierten Länder eine neue Gelegenheit geboten. Lord Lloyd George noch Nationalist würden diese demeritwerte Gelegenheit außer acht gelassen haben, wenn sie sich ihnen geboten hätte und es sei ihnen anzurechnen, daß sie gestern völlig ihre Bedeutung anerkannt und indirekt zugaben, daß die augenblickliche Regierung recht gehandelt, als sie diese Gelegenheit ergriffen habe.

Paris, 25. Juni. Die Rede Chamberlains im englischen Unterhaus ist so spät abends hier eingetroffen, daß nur wenige Blätter dazu Stellung nehmen.

„Figaro“ schreibt, Chamberlain habe es vorgezogen, mit ebensoviel Geschäftlichkeit wie Wohlwille die Debatte auf die tiefen Gründe des englischen Verhaltens im Sicherheitspakt zu lenken, wie den Punkt auf daß i zu legen. Man dürfe nicht vergessen, daß das deutsche Sicherheitsangebot auf die Londoner Ratsschläge zurückzuführen sei, weil der Pakt ein doppeltes Interesse für England habe. Erstens, da die englische Grenze auch am Rhein sei; es könne Deutschland nicht gestattet werden, sich der Häfen und Riffe am Kanal zu bemächtigen. Zweitens habe England ein zukünftiges Interesse, das ebenfalls greifbar sei. Der Garantiepakt solle die Stabilität in Europa sichern, die wesentlich sei für das englische Wirtschaftsleben. Aber der deutsch-französische Garantiepakt werde mehr respektiert werden, wenn er durch die britische Garantie verbürgt sei. Dies sei klar und zu realistisch, um nicht nach und nach begriffen zu werden.

„Echo de Paris“ schreibt, die Rede Chamberlains habe nicht viel Neues über das hinaus gebracht, was das Glaubwürdigkeit bereits bekanntgegeben habe. Alle Mitteilungen der Vergangenheit, das erkenne man aus den Ausführungen Chamberlains, hätten Zufälligkeiten enthalten. Aber in dem neuen Plan erschienen sie so zahlreich, daß sie in keiner Weise einen etwaigen Angreifer einschüchtern könnten.

„Gaulois“ schreibt: Der Sicherheitspakt soll Europa vor den Schrecken eines Krieges bewahren, unter einer Bedingung jedoch: daß Deutschland loyal und vollständig ihn durchführt. Chamberlain habe gestern den Geist des französischen Entgegenkommens anerkannt, aber er zweifle nicht an dem guten Willen Deutschlands. Das Blatt will die gleiche Ansicht vertreten an dem Tage, an dem die deutsche Regierung ohne Vorbehalt dem Text der französischen Note beigetreten sei; für den Augenblick aber müsse man eine langwierige und arbeitsreiche Verhandlung ins Auge fassen, in deren Verlauf Deutschland gewisse präzise Verpflichtungen zu umgehen versuche, die die Grundzüge jenes Sicherheitspaktes ausmachen, den England verbürgen wolle. „Gaulois“ fährt aus, man müsse anerkennen, daß Chamberlain nicht geneigt sei, in diesen wesentlichen Bedingungen des dreiteiligen Abkommens mit sich handeln zu lassen. Was er aber die anerkannten Rechte Frankreichs und die Möglichkeit eines deutschen Angriffs gegen Polen und auch über das Verhalten Deutschlands gegenüber dem Völkerbunde sowie über den Anschluß Österreichs an Deutschland gesagt habe, beweise einen Geisteszustand, der gewiß die Unterhändler von Berlin zum heftigsten Nachdenken anzuregen werde. Es mißfällt aber dem „Gaulois“, daß Chamberlain von der Einberufung einer